

Verfäktlich 3 Mal
in Leipzig.
Bestellungen nehmen alle
Postanstalten und Buch-
handlungen des In- und
Auslandes an.
Hilfs-Expeditionen für die
Bereinigten Staaten:
H. A. Sorge,
Box 101 Hoboken, N. J.
S. A. Bunker,
28 S. Market str. corn.
Madison str. Chicago, Ill.

Der Volksstaat

Abonnementspreis:
Für Preußen incl. Stempel-
steuer 21 Sgr., für die übrigen
Deutschen Staaten 16 Sgr.
pro Quartal.
Monats-Abonnements
werden bei allen Deutschen
Postanstalten auf den 2. u.
3. Monat u. auf den 3. Mo-
nat besonders angenommen,
im Rgt. Sachsen u. Herzth.
Sachl.-Altenburg auch auf
den 1. Monat à 5¹/₂ Sgr.
angegenommen.

Organ der sozialdemokratischen Arbeiterpartei und der internationalen Gewerkschaften.

Nr. 74.

Mittwoch, 20. August.

1873.

Zum 2. September.

(Schluß.)

Drei Wochen nach jener Thronrede am 11. August 1870 betrat der König von Preußen den Boden Frankreichs und erließ hierbei eine Proklamation, die in ihrem Eingang folgende charakteristische Stelle enthielt: „Nachdem der Kaiser Napoleon die deutsche Nation, welche wünschte und noch wünscht, mit dem französischen Volke in Frieden zu leben, zu Wasser und zu Lande angegriffen hatte, habe ich den Oberbefehl über die deutschen Armeen übernommen, um diesen Angriff zurückzuweisen; ich bin durch die militärischen Ereignisse dahin gekommen, die Grenzen Frankreichs zu überschreiten. Ich führe Krieg mit den französischen Soldaten und nicht mit den Bürgern Frankreichs.“ Auch diese Proklamation des Königs von Preußen steht im schroffsten Widerspruch mit der Behauptung des preussischen Generalstabs. Das ist das dritte Dementi für den preussischen Generalstab.

Wenige Tage nach jener Proklamation des Königs erließ der Befehlshaber der zweiten Armee Prinz Friedrich Karl ebenfalls eine solche, welche den gleichen Gedanken wo möglich noch zu schärferem Ausdruck bringt! Sie lautet: „Soldaten der zweiten Armee! Ihr betretet den französischen Boden. Der Kaiser Napoleon hat ohne allen Grund an Deutschland den Krieg erklärt, er und seine Armeen sind unsere Feinde. Das französische Volk ist nicht gefragt worden, ob es mit seinen Nachbarn einen blutigen Krieg führen wollte, ein Grund zur Feindschaft ist nicht vorhanden.“ Das ist das vierte Dementi für den preussischen Generalstab. Wo nimmt nach solchen Kundgebungen der höchsten deutschen Heerführer der preussische Generalstab die Stirn ber, zu behaupten, das französische Volk habe den Krieg gewollt? Nur fester Glaube an die Stupidität der Massen und die Feigheit und Charakterlosigkeit der Organe der öffentlichen Meinung in Deutschland kann ihm den Muth verliehen haben, solche der Wahrheit ins Gesicht schlagende Behauptungen gedruckt in die Welt zu senden. Allerdings ist es eine allbekannte Thatsache, daß nach Sedan auch die Stimmung in den allerhöchsten Kreisen umschlug. Als man sah, wie die Niederlagen des Kaiserreichs nur dessen Sturz herbeiführten und die Republik hervorriefen, da berante man, gegen den Schurken Bonaparte so energisch und erfolgreich aufzutreten zu sein; und von jener Zeit an wurde die Parole ausgegeben, das französische Volk als den Urheber des Krieges darzustellen — ein Wink, dem die Preussische Bereitwilligkeit und mit heiserer Stimme nachkam. Leider hat bis auf den heutigen Tag nicht eine deutsche Zeitung den Muth gehabt, auf diese Thatsachen aufmerksam zu machen, ein trauriges Zeugnis für den Charakter des „Volks der Denker“.

Aber wir sind mit unserer Beweisführung noch nicht fertig. Die Hauptfrage kommt noch. Wir haben bis jetzt bewiesen, daß es keine „Genialität“ heißen kann, wenn die doppelte so starke, vorzüglich vorbereitete und gerüstete deutsche Armee, die nur halb so starke, desorganisirte überrumpelte französische Armee besiegte. Wir haben ferner bewiesen, daß es grobe Unwahrheit und Geschichtsfälschung ist, wenn behauptet wird, das französische Volk habe den Krieg gewollt.

Wir kommen nun zur dritten und Hauptfrage: Wer hat den Krieg provocirt? Da hören wir verwundert sagen: Nun das ist doch klar, Napoleon hat doch den Krieg erklärt! Buchstäblich ist das allerdings richtig, aber wir machen einen Unterschied zwischen der Kriegserklärung und der Provocirung des Krieges. Man mißverstehet uns nicht. Uns liegt nichts ferner als eine Reinschwärzung Bonapartes. Bonaparte ist von jeher von uns als weinendiger Schurke und Volkverräter behandelt worden, und zwar schon zu einer Zeit, wo die gesammte Bourgeoisie- und Regierungspresse Deutschlands, und namentlich auch die deutschen Fürsten, Bonaparte als den Retter der Gesellschaft und der bürgerlichen „Ordnung“ beweihräucherten und ihm die blutbefleckten Hände drückten. Bonaparte ist auch heute noch für uns derselbe; wir glaubten niemals an sein „Genie“, wie unsere gesammte Presse vor dem Krieg, aber man darf ihn auch nicht für einen einfältigen Tölpel halten, der mit offenen Augen in sein Verderben rennt. Und wenn er den letzten Krieg provocirte, hätte er das in der plumpsten Weise gethan. Napoleon kannte denn doch seine Stellung in Frankreich zu gut, um nicht zu wissen, daß ein erldorener Feldzug ihn nothwendig und unrettbar um seinen Thron bringen werde. Wenn er dennoch den Krieg erklärte, so muß ein Faktor vorhanden gewesen sein, der ihn dazu zwang, der sich aber dem oberflächlichen Blick entzieht. Und das war allerdings der Fall.

Wie kam der Kriegsfall überhaupt zu Stande? Spanien war damals, Prim hat nahezu zwei Jahre in Europa nach einem neuen König herumgesehen; da tauchte plötzlich um den 7. oder 8. Juli die Nachricht auf, daß ein hohenzollerischer Prinz geheime Unterhandlungen mit Prim geschlossen und die Annahme der spanischen Krone zugesagt habe. Die französische Regierung hatte diese Nachricht durch eine „aufgefangene“ Depesche erhalten und in Paris wurde der furchtbare Lärm geschlagen. Sehr natürlich. Bonaparte konnte es nicht gleichgültig sein, wer auf dem spanischen Thron saß. Hohenzollern in der östlichen und in der südlichen Spanne zu besitzen, war für ihn keine angenehme Aussicht. Er wollte auch zu gut, daß in politischen Fragen heut zu Tage noch nicht die Völker, sondern die Fürsten entscheiden, daß also ein Hohenzoller auf dem spanischen Thron der natürliche Bundesgenosse des preussischen Hohenzollern sein mußte. Kein Wunder also, daß Bonaparte Einspruch erhob und er that dies mit großem Geräusch. Bismarck wurde angegangen, den König zu veranlassen, daß er als Familienoberhaupt dem Hohenzollern-Prinzen die Annahme der spanischen Krone verbiete. Bismarck junkte die Achsel;

er wollte von dem ganzen Handel nichts wissen. Bonaparte wandte sich durch seinen Bevollmächtigten Benedetti an den König persönlich, der damals in Ems die Badelur gebrauchte. Der König gab ausweichende Antworten, er wollte keine Gewalt über den Hohenzollern-Prinzen haben, was allem Brauch bei fürstlichen Familien entgegensteht, da kein Mitglied eines fürstlichen Hauses ohne Einwilligung des Familienoberhauptes irgend eine öffentliche Stellung annehmen darf. Bonaparte war denn auch über die Antwort wenig erbaut. Er drang durch seinen Bevollmächtigten auf bestimmte Zusagen. Da erhielt unerwartet am 12. Juli das französische Kabinet von Seiten des spanischen die offizielle Anzeige, der Prinz von Hohenzollern habe seine Candidatur zurückgezogen; Napoleon verlangte, daß der König von Preußen die Zusagen machen solle, daß der Prinz von Hohenzollern auch später eine etwa ihm wieder angetragene spanische Throncandidatur nicht annehmen werde. Benedetti erhielt die betreffende Weisung, und der Erfolg war, daß am Abend des 13. Juli die Welt durch ein Telegramm überrascht wurde, daß, wenn es die Sachlage richtig schilderte, die Kriegserklärung zwischen den Zeilen barg. Dieses verhängnißvolle Telegramm, welches in der künftigen Geschichtsschreibung eine wichtige Rolle spielen wird, lautete wörtlich: „Ems, 13. Juli Nachmittags: Nachdem die Nachrichten von der Entfagung des Erbprinzen von Hohenzollern der kaiserlich französischen Regierung von der königlich spanischen amtlich mitgetheilt worden sind, hat der Botschafter in Ems noch die Forderung gestellt, ihn zu autorisiren, daß er nach Paris telegraphire, daß der König sich für alle Zukunft verpflichte, niemals wieder seine Zustimmung zu geben, wenn die Hohenzollern auf ihre Candidatur wieder zurückkommen sollten. Der König hat es darauf abgelehnt, den französischen Botschafter nochmals zu empfangen und demselben durch den Adjutanten vom Dienst sagen lassen, daß Sr. Majestät dem Botschafter nichts mitzutheilen habe.“

Gleichzeitig wurde dieses Telegramm an die verschiedenen Regierungen gesandt, also als offizielles Attestat betrachtet. Es war klar, daß, wenn das brüste Auftreten Benedetti's eine Beleidigung des Königs von Preußen war, die Antwort des preussischen Königs andererseits als eine Beleidigung des französischen Kaisers aufgefaßt werden mußte. So wurde denn auch die Depesche in Paris angesehen, und diese Auffassung wurde bestärkt durch die ABERUFUNG des preussischen Gesandten Herrn v. Werther. Bonaparte war jetzt nach den nun einmal unter den Dynastien bestehenden Erbregeln gezwungen, die Kriegserklärung zu erlassen, und sie erfolgte. Die zwei ersten Culturoölker Europas, welche beide berufen sind „die Segnungen christlicher Gesittung und steigenden Wohlstandes gleichmäßig zu genießen und zu begreifen“, geriethen auf Geheiß ihrer Fürsten sich in die Haare und der blutigste und grausamste Krieg der neuesten Zeit begann zur einzigen Schmach unserer so viel gerühmten Bildung und Civilisation. Das Schmachvollste und Traurigste aber hierbei ist, daß der Inhalt jenes Telegramms, welches die Kriegserklärung verschuldet, erlogen war. Nicht nur erklärte die französische Regierung wenige Tage nach der Kriegserklärung, daß Benedetti die ihm in den Mund gelegten Worte nicht gebraucht und des ihm zugeschriebenen brüsten Betragens sich nicht schuldig gemacht habe, sondern auch der Generaladjutant des Königs von Preußen, Fürst Radziwill, der Benedetti auf seine unverkämte Forderung hin jene Antwort überbracht haben sollte, veröffentlichte eine Erklärung, wonach der Sachverhalt ein ganz anderer, vollständig innerhalb der Grenzen der diplomatischen Formen sich abspielender gewesen. Aber die Erklärungen kamen zu spät, der Krieg war entbrannt.

Es entsetzt nun die Frage: wer war der Verfasser jenes Telegramms? Daß es eine hochstehende, einflussreiche Person war, ist klar, eine andere durfte es nicht wagen und konnte der Fälschung nicht den amtlichen Stempel aufdrücken; und daß mit der Fabrication des Telegramms ein bestimmter Zweck verbunden war, der auch erreicht wurde, ist ebenfalls klar. Herr Graf Bismarck wird die beste Antwort über die Person des Urhebers geben können. Unseres Erachtens war die spanische Throncandidatur des hohenzollerischen Prinzen nur eine Falle, welche Bonaparte gestellt wurde, und in die er tappisch hineinging. Man wußte in Berlin sehr gut, daß Napoleon einen Hohenzollern-Prinzen auf dem spanischen Thron nie und nimmer zulassen würde. Der Plan wurde also mit Prim abgekartet, der französischen Regierung eine Depesche in die Hände gespielt, durch welche sie von der Conspiration unterrichtet ward. Alles Andere machte sich nun von selbst. Nachdem einmal die französischen Regierungs-Agenten und -Zeitungen durch ihr Geschrei über das „Intriguenspiel“ Preußens ganz Europa in Alarm versetzt und laut nach Gemüthung geschrien hatten, bedurfte es nur jener beleidigenden aber gefälschten Depesche, um Bonaparte zum Krieg zu zwingen. Bonaparte mußte den Krieg erklären, wenn er in den Augen der ganzen Welt nicht gedemüthigt, als lächerlicher Patron dastehen wollte; er mußte ihn erklären, obgleich er so gut wie Einer wußte, daß er nicht auf den Krieg vorbereitet war, denn für ihn gab es nur eine Wahl: entweder den Krieg zu erklären mit der fast sicheren Aussicht, zu Grunde zu gehen; oder sich in den Augen der eigenen Nation zu brandmarken, mit der ganz sicheren Aussicht, zu Grunde zu gehen. Eine „moralische Niederlage“ konnte er nicht mehr vertragen! Bei der allgemeinen Volksabstimmung im Mai hatten trotz der gewaltigen Regierungsmaschinerie mehr als 1¹/₂ Millionen Bürger mit „Nein“ gestimmt und ebenso viel, als prinzipielle Gegner des Kaiserreichs, sich der Abstimmung enthalten. Also 3 Millionen Männer, die der sozialistischen und den übrigen revolutionären Fraktionen angehörten. Unter solchen Verhältnissen war für Bonaparte die Alternative: Krieg oder Revolution. Ein Beweis dafür, daß die spanische Throncandidatur nur ein

Blendwerk war, liegt auch in der merkwürdig passiven Rolle, welche die spanische Regierung, respektive Prim in dieser ganzen Angelegenheit spielte, und ferner in der Thatsache, daß die Hohenzollern-Candidatur für immer von der Tagesordnung verschwand; obgleich nach der Niederwerfung Napoleon's und Frankreichs kein Widerspruch mehr zu erwarten war. Preußen sah ruhig zu, als Gottlieb aus dem Hause Savoyen den wackligen Königsthron bestieg, den man anscheinend einem Hohenzollern zugehört. Die hohenzollerische Throncandidatur hatte ihren Zweck erfüllt, sie konnte fallen.

Wenn man die Vorgänge in dieser Weise auffaßt, und nur wenn man sie in dieser Weise auffaßt, wird es vollständig klar, daß und warum Frankreich, wie der preussische Generalstabsbericht ausführt, ganz unvorbereitet in den Krieg hinein gerissen ward, während Preußen und Kleindeutschland, das ja in militärischen Dingen von Berlin abhing, bereits im Winter 1869 „fertig“ war.

Bismarck — das erhellte aus dem vorhandenen Material und dem Verlauf der Dinge zur Evidenz — hat den Krieg mit langer Hand vorbereitet; die spanische Throncandidatur spielte er in dem Moment aus, in welchem ihm der Erfolg am sichersten schien, und er hat sich, wie die Erfahrung gelehrt, nicht verrechnet. Daß Bonaparte auf den Leim ging, beweist, daß er Bismarck nicht genau kannte. Aber dem deutschen Volke soll man nicht länger Sand in die Augen streuen, und ihm nicht von einem „heiligen“ Kriege vorreden, der doch absichtlich und mit den unheilvollsten Mitteln herbeigeführt wurde, ausschließlich im Hohenzollern'schen Hausinteresse. Wohlan — nur durch schlimme Erfahrungen werden die Völker klug, und Fürst Bismarck, der zum Vortheil seines eigenen Standes und der Hohenzollern-Dynastie zu wirken glaubte, mag wohl selbst schon erkannt haben, daß er in Wahrheit nur für — die Revolution arbeitete und arbeitet. Die Verhältnisse haben sich in Deutschland seit dem letzten Krieg in einer Weise entwickelt, welche die kühnsten Erwartungen der Feinde des heutigen Staats- und Gesellschaftssystems übertrifft. Wohl ist die „nationale Frage“, die politische Frage vorläufig gelöst, und zwar eben so sehr im Interesse der Dynastie Hohenzollern wie der Bourgeoisie; aber Alles, was der Bourgeoisie nützt, nützt auch der Sozialdemokratie, die Bourgeoisie bereitet wider Willen der letzteren den Boden. Das ist das Schöne und Verführerische in der Weltgeschichte, daß alle Gewalttakte der Mächtigen dieser Erde es doch nicht vermögen, die Kultur- und Menschheit aufzuhalten. Wie jubelte vor anderthalb Jahren die Bourgeoisie ob der Erfolge, wie sah sie bereits in der wiedererstandenen deutschen Kaiserherrlichkeit das tausendjährige Reich ihrer Herrschaft erblicken! Kindische Illusionen!

Der soziale Krieg, der überall entbrannt ist, das dumpfe Murren des mehr und mehr belasteten Volks — es verkündet die Schwäche, die Hohlheit des „neugeschaffenen Werks“. Die Wärmernagen in allen Balken. Noch wenige Jahrzehnte — und der stolze Bau, den der Größenwahnsinn für die Ewigkeit gebaut zu haben sich vermaß, liegt in Trümmern zu Boden. Und wer sich dann die ganze Erbärmlichkeit des jetzigen Interregnums in's Gedächtniß zurückführen will, braucht nur einen Blick zu werfen in das Opus des preussischen Generalstabs über den deutsch-französischen Krieg.

Politische Uebersicht.

Verlogen wie immer, meldete die offiziöse Presse vor Kurzem mit Triumphgeschrei eine Abnahme der Auswanderung nach den Vereinigten Staaten von Nordamerika. Es wurden auch Ziffern angefügt, welche die Behauptung zu rechtfertigen schienen. Der Jubel hat aber nicht lange angehalten. Hinter der frommen Lüge kommt jetzt die Wahrheit in Gestalt einer amtlichen Tabelle der Auswanderung über Hamburg nachgehinkt, und verkündet uns, daß die Auswanderung aus dem „Reich der Gottesfurcht und Stiebersitte“ noch immer in der Zunahme begriffen ist. Während die Zahl der über Hamburg Ausgewanderten in den ersten 7 Monaten (1. Januar—31. Juli) des Jahres 1871 — 21,173, und in der nämlichen Zeitperiode des Jahres 1872 — 42,892 betrug, hat sie in den ersten 7 Monaten des laufenden Jahres 45,635 betragen — also 2800 mehr als im vorhergehenden Jahr. Allerdings ist zu bemerken, daß die Auswanderung nach Brasilien, für das man in unseren oberen Regionen eine gewisse Vorliebe hat, neuerdings in kolossaler Weise gestiegen ist, so daß es möglich wäre, daß, trotz der Zunahme der Auswanderung im Allgemeinen, doch die Auswanderung speziell nach den Vereinigten Staaten abgenommen, und die offiziöse Presse demnach dem Buchstaben nach nicht gelogen, bloß durch Verschweigen eines Theils der Wahrheit einen falschen Eindruck, d. h. die Wirkung einer Lüge, ohne direkte Lüge hervorgebracht hätte — ein Kunststückchen, für das die in praxi jetzt so hoch verehrten, in theoria aber so heftig verdamnten Jesuiten, wie mäßiglich bekannt, sehr sinnreiche Recepte ausgearbeitet haben.

Nicht Reichsfeindlich. Bekanntlich bilden wir „rothe Internationale“ nebst den „schwarzen Internationalen“ die Armeen der „Reichsfeinde“, gegen die, nach den pathetischen Ausrufen der amtlichen „Provinzialkorrespondenz“ alle „ehelichen“ Leute (vom Schläger der Wagener, Stieber, Miquel u. s. w.) ohne Unterschied des Parteianmens, den sie tragen, für die kommenden Wahlen zu sammenzustehen haben. Da die Berliner Wollenkammer „Marate“ sich erschreckliche Mühe geben, ihren Gläubigen weis zu machen, wie — die Wollenkammer-Marate, — seien in erster Linie mit den

*) Für diejenigen unserer Leser, die mit den Berliner Lokalitäten nicht vertraut sind, sei bemerkt, daß auf dem Wollenkammer das Polizeipräsidium nebst der Stadtvogtei sich befindet.

„Reichsfeinden“ gemeint, vor ihnen, — den Berliner Mollenmarkts-Marat, — zitterte der ganze Preussische Staat und die ganze Preussische Bourgeoisie (hatte man denn nicht auch ausdrücklich gegen sie, — die Mollenmarkts-Marate, — das famose Preussengesetz entworfen, das offenbar nur deshalb zurückgezogen worden ist, weil sie, — die Mollenmarkts-Marate, — mit Namensunterschrift einen gedruckten Schreibbrief an Bismarck gerichtet haben, der diesen so in das Bodenhorn jagte, daß er jede Gemeinschaft mit „§ 20“ ablehnte und in seiner Furcht vor ihm, — der Mollenmarkts-Marate, — heiligen Born über Nacht nach Barzin durchbrachte) — so sei hier einfach Akt davon genommen, daß die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ vom vorigen Mittwoch die Herrn Stöhr und sonstige Agitatoren des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins in Schleswig-Holstein mit auffallendster und ganz unvorhergesehener Zärtlichkeit den dortigen Reichsfeinden, den Partikularisten, gegenüberstellt, und sie direkt belobt. Die „Norddeutsche“ ist eben, wie Jedermann weiß, das Leiborgan des Grafen Bismarck. Also, lieber „Neuer“.

— Staatstreterei. Schon oft haben wir hören müssen, der Leipziger Räder, Direktor der allmächtigen Stadtpolizei, sei einzig in seiner Art und das Ausweisen verstehe Niemand besser als er. In der That, wenn man Räder's letzten Feldzug gegen Hefner betrachtet, weis legterer in Sachsen nirgends mehr vor dem Ausweisen sicher ist, als im — Gefängnis, könnte man wirklich dazu gelangen, Herrn Räder für ein Original zu halten. Die letzte Polizeiaffaire in Wien indessen könnte und fast veranlassen, unseren Räder im Verhältnis zu den österreichischen Polizeihelben als einen Engel der Milde und Güte zu verehren. Dasselbe sind nämlich vier französische Arbeiter, die sich an der Erhebung des Pariser Proletariats im März 1871 beteiligt hatten, plötzlich ohne alle Veranlassung aus Oesterreich ausgewiesen. Die Opfer österreichischer Polizeiwillkür haben durchaus keinen Anlaß zu solcher Maßregelung gegeben; sie haben ein ruhiges und arbeitsames Leben geführt, da aber in Oesterreich die Polizei noch viel größeren Spielraum für ihre Willkür hat, als im preussischen Reiche, brauchte sie keinen Grund. Wiener Blättern entnehmen wir folgende Mittheilungen über die Privatverhältnisse der ausgewiesenen Communards:

„Die Namen der Opfer lauten Aristide Barré, Ciseleur, Louis Chalais, Drechsler, Arthur Hugnot und Benjamin Sache, beide Sprachlehrer. Herr Barré, der Ciseleur, wohnt mit Weib und Kind und einer Schwester schon seit zwei Jahren hier, ohne zu den geringsten Beschwerden Anlaß gegeben zu haben. Sein Benehmen war ein außerordentlich anständiges, wie er denn auch von Allen, mit denen er Umgang hatte, geschätzt und geachtet ward. Seinem Fleiße gelang es, Einiges zu ersparen; er etablirte sich und theilte sich auch durch einige seiner Arbeiten als Aussteller an der Weltausstellung. Seine Objekte befanden sich in einem Glasschrank und heute (18. August) Nachmittags wurde dem Herrn Barré befohlen, den Kasten sofort zu räumen, sowie auch sein Name auf dem Glaschranke ausgelöscht wurde. Es geschah das seitens eines Organes, das sich durch kein Mandat zu legitimiren wußte. Auf die Einwendungen des betroffenen Ausstellers wurde lediglich die Antwort, es geschehe dies im höheren Auftrage. So sieht Herr Barré die Früchte eines zweijährigen Fleißes plötzlich vernichtet. Barré ist vertrieben und depossedirt, ohne Mittel, um ein gastfreundliches Land zu erreichen, und sammt dem Weibe, dem Kinde und einer Schwester dem Elend preisgegeben! Noch schlimmer steht es mit dem wegen angeblicher Subsistenzlosigkeit verhafteten Chalais. Derselbe wird von Oesterreich nicht direkt an Frankreich ausgeliefert werden, wo er zur weiteren schubweisen Abführung in seine Heimath von den dortigen Organen übernommen werden wird!“

„In höherem Auftrage!“ Die geschnittenen Kommunards sind also von Polizeispiegeln oder auch von eifrigen „Patrioten“ des Eigenthums und der „Ordnung“ in Paris denunziert worden, und die Sippe, welche in Oesterreich sich „Regierung“ nennt, hat natürlich Nichts eiligeres zu thun, als für die Bande von Pöbelen und Kriegsgewechen, welche jetzt unter dem Namen „Regierung“ das unglückliche Frankreich ansaugt, den Polizeibüffel zu machen. Fürchten sich diese traurigen Gesellen, die Tausende von Kanonen und Hunderttausende von Soldaten hinter sich haben, nicht vor der Schande, vier wehlose Leute, die ihnen gar nichts zu Leide gethan, gleich Verbrechern über die Grenze zu jagen! Wir können weiter nichts thun, als daß wir diesen brutalen Akt unter die vielen übrigen Gewaltthaten registriren, welche das Proletariat schon erlitten und welche am Tage der Abrechnung wieder zur Sprache kommen werden. Der österreichischen „Regierung“ aber und ihren Bütteln stellen wir das Zeugniß aus, daß sie es versteht, als die Vertreterin des faulsten Staatswesens von Europa sich auch durch entsprechend lächerliche und alberne Maßregeln vor aller Welt unsterblich zu blamiren.

— Die Logik der Thatfachen vollzieht: der große Demokrat und Republikaner Castelar, schreibt man uns nachträglich, „von dem unsere Volkspartei behaupten, es sei ganz undenkbar, daß er je zu reaktionären Maßregeln die Hand leihen könne, ist, nebst seinen Gesinnungsgenossen, glücklich so weit gekommen, daß sie die Abgeordneten der Cortesminorität, welche an den jüngsten Aufständen Theil genommen, in die Acht haben erklären müssen. Hr. Castelar, dem dies denn doch nicht ganz im Einklang mit seinen früheren, jede Repressionspolitik verurteilenden Friedens- und Freiheitsredemandedaten erscheinen mochte, hielt es für nothwendig, seine Gewissenstempel in einer — natürlich sehr langen und „schönen“ — Rede zu begraben.“ so deklamirte er: „Die kantonale Bewegung ist eine wahnwitzige Drohung gegen die Integrität unseres Vaterlandes und die Zukunft der Freiheit. . . Nein, ich kann keinen Patriotismus sehen in dem Deputirten, der von hier wezgeht, um die Provinz aufzuwiegeln, der das Vaterland zerstückelt und eine hassenswürdige und gehäßte Flagge auf dem Mast der Schiffe Don Juan d'Austria's aufspannt. Da sehe ich kein Spanien.“

Mag sein, Hr. Castelar. Aber begreifen Sie nicht, daß Don Carlos von Ihrem, des Herrn Castelar Spanien, genau mit demselben Recht sagt: „Da sehe ich kein Spanien?“ — An Reaktion ist nicht zu denken — Hr. Castelar schnell mit seiner Zungenzunge jegliche Gefahr fort:

„Es ist nicht möglich, daß die Inquisition über das Gewissen triumphiren, die Censur über den Gedanken, die Stummheit über die Tribüne, der Knebel über die Presse, das Feudalwesen über die durch das Blut unserer Väter frei gewordene Erde, die Klotz des Müßiggangs über die Werkstätten der Arbeit. Es ist nicht möglich, daß der König der Restauration wiederkomme. Das ist so unmöglich wie die Schreden des Tiberius und des Nero, und bevor Spanien Don Carlos anerkennt, würde es sich in die Tiefe des Meeres versenken.“

Nun — dieses Wunder würde sich nicht ereignen, wohl aber das andere: daß Herrn Castelar's Zunge auf einige Zeit, wo nicht auf immer, in Ruhestand versetzt würde. Doch halt! es ist ja

„nicht möglich“, daß Don Carlos auch nur momentan zur Herrschaft kommt. „Es ist nicht möglich“ — Hr. Castelar sagt's, und was Castelar sagt, das ist wahr, und muß sich erfüllen, dafür bürgt Castelar's — Zunge.

Apropos! zur Charakteristik des Mannes sei noch sein Ausruf erwähnt:

„Ich will Spanier sein, und nur Spanier!“ Wie gefällt der Friedens- und Freiheitstheorie, deren Mitglied Castelar war und wohl noch ist, diese Aeußerung des bornirtesten Grenzpfahlpatriotismus. Da fällt uns eine Anekdote ein. Als der alte Kosmähler durch Spanien reiste, fragte er einst einen Mann aus der ärmsten Klasse, der ihm den Weg zeigte, was er sei: „Ich bin ein Mensch!“ (Soy hombre!) Wer sieht höher, dieser spanische Proletarier mit seinem „Soy hombre!“ oder der große Professor und bürgerliche Demokrat Castelar mit seinem: „Ich will Spanier sein und nur Spanier?“

— Natürlich! Hr. Naifonave, der spanische Minister des Innern, hat in den Cortes erklärt, er werde von den auswärtigen Mächten die Auslieferung der Flüchtlinge aus Cadix, Sevilla, Valencia u. verlangen. Der reine Jules Favre! Und wie entrüstet war die „bürgerliche Demokratie“, als wir nach Proklamirung der spanischen Republik ansprachen, daß die Herren Castelar und Konjorten sich, weil Gegner der Sozialisten und auf dem Boden der alten Gesellschaft stehend, prinzipiell in Nichts von den Herren Thiers, Favre u. unterschieden.

— Die „Frankfurter Zeitung“ replizirt auf unsere Bemerkung, daß sie sich als „demokratisches“ Blatt dem bekannten „Protest“ der Berliner Redaktionen angeschlossen habe, in welchem um Zurückziehung des Preussengesetzes unter Hinweis auf die „patriotische“ Haltung der Presse während des Kriegs gebittet ward. Das Sonnemann'sche Blatt behauptet nun hintenher, seine Redaktion habe sich dem „Protest“ — es war eine Bettelei, kein „Protest“ — nicht in allen Punkten angeschlossen. Warum hat die Redaktion der „Frankfurter Zeitung“ dies nicht gleich bemerkt, als sie sich dem kriechenden, schwachvollen Bettelei angeschlossen? Hinternach so etwas zu erklären, ist ungemein lächerlich. — Wenn sich die „Frankfurter Zeitung“ dafür interessiert, so können wir ihr noch mehr Fälle aufzählen, wo die „Volkspartei“ ihre „Prinzipien“ den augenblicklichen „praktischen Rücksichten“ mit großer Gemüthsruhe zum Opfer gebracht hat.

Feudalreaktionäre Herzensergießungen!

Daß die „Arbeit“ eine Waare ist, die jeder Käufer so billig wie möglich kaufen, jeder Verkäufer so hoch wie möglich verkaufen will, und daß Angebot und Nachfrage den Lohn der Waare „Arbeit“ bestimmt, wird selbst von den Bourgeoisökonomien angeplaudert, aber nur so lange festgehalten als die Verkäufer der Waare „Arbeit“ es nicht wagen, den Kaufpreis derselben, der Arbeitslohn genannt wird, ebenfalls so billig wie möglich zu erhalten. Letzteres erstreben die Verkäufer der Waare Arbeit von jeher, nachdrücklich und energisch aber erst von der Zeit an, als die kapitalistische Produktionsweise die Arbeiter in die unvollständigsten und abschüchternsten Verhältnisse zwang. Nicht vollständig oder in den meisten Fällen gar nicht in der Lage, Keim und Ursprung ihrer gebrühten und unerträglichsten Lage zu erkennen, um die richtigen Mittel ihrer Befreiung zu erfassen, griffen und greifen noch heut Millionen von Arbeitern zu dem Mittel die Arbeit in Masse einzustellen um dadurch einen höheren Kaufpreis ihrer Arbeit zu erlangen.

In wie weit ein solches Verfahren den Zweck erfüllt oder erfüllen kann, bleibe hier dahingestellt; nur sei erwähnt, daß in vielen Fällen den Arbeitern kein andres Mittel momentan geboten ist, um sich und ihre Familie von den entwürdigendsten Fesseln, wenn auch nur vorübergehend und unzureichend, zu befreien.

In Ländern wo die kapitalistische Produktionsweise am meisten ausgebildet, kamen und kommen, gleichviel ob mit Strafe bedroht oder nicht, Arbeitseinstellungen von Massen angeführt, vor. Im Lande des Nichts wurde den Arbeitern mit Einführung der norddeutschen Gewerbeordnung gestattet, die Arbeitseinstellungen ohne Strafbetrohung vorzunehmen. Anstatt nun, da, wie bekannt, die Arbeitseinstellungen auch nicht auf sich warten ließen, die Verhältnisse, welche zu diesen Arbeitseinstellungen Anlaß gaben zu verbessern zu suchen, greift man zu dem Mittel, derartige Vorkommnisse zu bestrafen, und „bündigt“, um mit Herrn Schälze aus Delitzsch zu sprechen, die „Bestie“ aufs Neue. Seit der dritte Stand in den Besitz der politischen Bevorzugung eingetreten, hat er nicht aufgehört, kraft der Autorität der von ihm abgeleiteten Gesetze, den vierten Stand, der naturnothwendig als reife Frucht seinem, des dritten Standes Schooße entfallen mußte, zu knebeln. Beweis: die indirekten Wahlen, Steuer, Schule u. Die Aufhebung der Koalitionsverbote resp. der Bestrafungen war nur die Anerkennung des Rechts, sich zu verteidigen, ohne Gewährung der gleichen Verteidigungsmittel. Aber auch diese winzige und nichtsagende Anerkennung des Verteidigungsrechts kann der deutsche Spießbürger nicht vertragen und heulnereit in seiner Presse so lange, bis die Feudalhöflichkeit die Gewogenheit haben, die alte Feudalwirtschaft wieder einzuführen, dahingehend, daß Jedem, der Arbeiter sich halten kann, gestattet ist, die Sklavensprüche, die sich stugs in Strafsparagrafen verwanbelt, über dem Haupte des Arbeiters zu schwingen, damit „die bedenkliche Entwicklung“, welche neuerdings das Verhältnis zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern genommen, nicht zur Hebung der Arbeiter beitragen dürfte, mittelst welcher letztere sich in den Stand gesetzt sehen würden, über staatliche Verhältnisse nachzugrabeln.

Die Motive, mit welchen die Abänderung zu den §§ 108, 113, 124, 153 und 154 der Gewerbeordnung eingeleitet werden, beginnen: „Die bedenkliche Entwicklung, welche neuerdings das Verhältnis zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern genommen, hat bereits vor der Interpellation der Abgeordneten v. Denzin und Genossen zu einer ernsthaften Prüfung der Frage Veranlassung gegeben, was zur Besserung der bestehenden Zustände geschehen könne.“

Wie die „Besserung der bedenklichen Entwicklung“ geschehen kann und soll, verrathen die Herren feudalreaktionären Volkswirtschaftler der deutschen Reichsregierung mit an Naivetät grenzender Offenheit. „Die Gewährung der Koalitionsrechte hat alles politische Einschreiten gegen widerrechtliches Verhalten der Arbeit unzulässig gemacht und den Arbeitgebern sind nur die Verfolgung ihrer civilrechtlichen Ansprüche geblieben.“ Das politische Einschreiten wird in Aussicht gestellt; die „Aushebung des Passzwanges erleichtert dem Arbeiter den Wechsel des Aufenthaltsortes um sich der Klage der Herrn Arbeitgeber zu entziehen.“ Wie wehmüthig reuevoll man die Passfreiheit und das politische Einschreiten gegen die Arbeiter bejammert, zeugt von den erbaulichen Absichten der Kaiserlichen. Dieses „nur“ civilrechtliche „Ansprüche“ ist der beste Beweis, daß wir auf die mittelalterlichen Zustände zurück-

segeln, denn es waren doch schöne Zeiten für die Feudalherren Pfaffen und Künstler oder sonstige Menschenvertilger des Mittelalters, neben dem Civilrecht auch noch das Strafrecht, bestehend in Peitsche und Halseisen, ausüben zu können.

„Gelingt“ es einem modernen Schlotjunfer, mit der civilrechtlichen Klage durchzubringen, „so fehlt es bei den Arbeitern an Exekutionssubjekten.“ Letztere haben die modernen Schlotjunfer zum vortheil dem Arbeiter zurückbehalten, was man aber mit der instinktmäßigen Schlaubeit verschweigert. Des Proletariats Weib, Kind und Eigenthum gehört uns, er selbst ist eigenthumslos, also hant ihn! schalt es im Chorus der Uebermüthigen. Man will dem Arbeiter das Sprichwort der Dante'schen Hölle: „Die ihr hier eintrittet, laßt jede Hoffnung fahren“ ad oculus demonstriren. — Auch den nicht unmittelbar betheiligten Klassen der Gesellschaft erwachsen daraus empfindliche Nachteile.“ Das heißt, dem Streunberg und andern „Gründern und Schwindlern“ im neuen deutschen Reich könnten empfindliche Nachteile erwachsen, „insofern die Arbeiter durch die Koalitionsfreiheit in den Stand gesetzt blieben, durch Arbeitseinstellungen den ergannerten Entbehrungslohn derartigen Vorkontakleuten in Frage zu stellen.“

„Der Geist der Zuchtlosigkeit bei manchen Arbeitern und das Gefühl des mangelnden Rechtshanges auf Seiten der Arbeitgeber ertheischen Bestimmungen über den Mißbrauch des Koalitionsrechtes, sowie Ergänzungen und Verschärfungen, welche zu „sichern“ Erreichung des Zweckes erforderlich scheinen.“ Wir würden den parlamentarischen feudalreaktionären Halbgoßtern ein Amendement zu dieser Gesetzesnovelle vorschlagen, welches also lautet: Jedem Arbeiter, der sich unterfängt, über Fabrikordnungen, Arbeitszeit oder Arbeitslohn zu museln wird das Genid gebrochen und das von Rechtswegen „zur sichern Erreichung des Zweckes“.

Die Abänderungen der Gewerbeordnung nebst Motiven, und der § 20 des Preussengesetzes nebst Motiven einerseits, sowie die gleichzeitigen Vorgänge in Frankreich andererseits lassen die internationale Gesinnung der Gesetzesfabrikanten diesseits sowie jenseits des Rheines sonnenklar hervortreten. Ein beherzigenswerthes Moment für die Arbeiter! Die Krantjunfer zu Versailles erlassen nach Niederwerfung der Kommune ein Ausnahmegesetz gegen die „Internationale“, das ist gegen die Kulturbewegung der Arbeiter, die Regierung diesseits des Rheins sucht dasselbe zu erreichen und wird es erreichen durch zwei verschiedene Gesetzesparagrafen. Der englische John Bull macht es nicht besser, alle andern Staatsretter beilen sich dem nachzukommen, zum Zeichen derselben Gesinnung! Ob es ihnen gelingt, bezweifeln wir.

Die tatsächlichen Bedingungen und Verhältnisse zwingen die Arbeiter zu handeln, ob die Handlungen gesetzlich erlaubt sind oder nicht unterliegt einer späteren Beurtheilung. Spätere Geschlechter werden das Resultat dieses Kampfes genießen; an uns ist es, diesen Genuß zu einem freudigen zu machen. Arbeiter, seit auf der Hut und seid kräftig in dem Kampf für unsere Menschenrechte. Breslau. J. R.

Innere Partei-, Verwaltungs- und Organisations-Angelegenheiten.

An die Parteigenossen.

Alle Mitgliedschaften, welche gesonnen sind, einen Delegirten zum Eisenacher Congreß zu schicken, werden erucht, ihre Anmeldung so schnell wie möglich an F. Ehrlich Nr. 163, Georgenthor, Eisenach gelangen zu lassen. Die Comitemitglieder werden die Delegirten am Bahnhof erwarten, kenntlich an rothen Schleifen. Das Comité.

Anträge zum Partei-Congreß.

Die Randsborfer Mitglieder beantragen:

Der Congreß wolle beschließen:

- 1) „Da von Seiten unserer Partei bereits Schritte zur Einigung der gesammten deutschen Social-Demokratie gemacht worden, von der diesjährigen Generalversammlung des Allg. deutschen Arbeitervereins zu Frankfurt a. M. die Einigung aber fast einstimmig zurückgewiesen ist, erklärt der Congreß, jedweden Versuch mit obiger Fraction, sei er auf die Einigung der Partei oder auf die Wahlen gerichtet, einzustellen.“
- 2) „Die suspendirte Mitgliedschaft zu Fürth wieder in ihre früheren Rechte einzusetzen.“
- 3) „Daß der nächste Parteicongreß im Rheinland abgehalten wird.“
- 4) „Daß der Ausschuß von Hamburg verlegt wird.“
- 5) „Daß das Parteiorgan zum möglichst billigsten Preise gestellt wird.“
- 6) „Daß die Filial-Expeditionen mit nächstem Quartal in Deutschland aufgehoben werden.“

Die Berliner Mitglieder beantragen:

Der Congreß möge beschließen: Die social-demokratische Arbeiterpartei betrachtet die Reichstagswahlen nur als Agitationsmittel und als Prüfstein für die Verbreitung ihrer Principien. Sie hat daher in erster Linie nur eigene Candidaten ins Auge zu fassen, dagegen darf bei engeren Wahlen, sowie da, wo durchaus keine Aussicht auf Durchbringung eines eignen Candidaten vorhanden ist, auch für Candidaten der Parteien gestimmt werden, welche 1) Punkt 3 unseres Programms voll und ganz unterschreiben und 2) versprechen, a) während der Dauer ihres Mandats nichts gegen die Partei zu unternehmen und b) gegen jedes Ausnahme-Gesetz zu stimmen.

Der Antrag der Berliner Mitglieder, Einführung von Quittungsmarken betreffend, fällt aus.

Die Münchener Mitglieder beantragen:

Der Congreß möge sich im Hinblick auf den vom Allgemeinen deutschen Arbeiterverein auf seiner Generalversammlung zu Frankfurt a. M. gefaßten Beschluß, das Zusammengehen beider deutscher Arbeiterfractionen bei den Wahlen betreffend, seinerseits eines für alle Mitgliedschaften bindenden Entschlusses enthalten und es der selbständigen Entscheidung der Letzteren anheimgeben, in welcher Weise sie in den Wahlkampf eintreten wollen.

- 2) Erklären dieselben den Antrag der Breslauer Mitglieder, § 16 der Organisation betreffend, auch für den übrigen.

„Die Spandauer Parteimitglieder beantragen:“

Der Congreß wolle beschließen: Da alle politischen Parteien nicht so weitgehend als die socialdemokratische Arbeiterpartei sind, folglich auch die Interessen der Arbeiter nur ungenügend vertreten, muß die socialdemokratische Arbeiterpartei von jedem Compromiß mit andern Parteien bei öffentlichen Wahlen Abstand nehmen.

Ausgenommen hiervon sollen die Candidaten des Allg. deutschen Arbeitervereins nur dann sein, wenn dieselben unsere Partei öffentlich als eine wirklich sozialdemokratische Partei anerkennen und sich verpflichten, mit allen Kräften für die Vereinigung der deutschen Sozialdemokratie zu wirken."

Die Parteimitglieder zu Pforzheim beantragen:

Der Congress möge beschließen, daß die Ablieferung der Parteibeiträge von Orten, welche unter 20 Mitglieder zählen, quartaliter zu erfolgen habe.
Motive zu obigem Antrage: Da bei einer so geringen Mitgliederzahl das Porto bei monatlicher Einzahlung zu viel kostet und die Schwierigkeiten bei Einkassierung, vorzüglich bei 14tägigen Versammlungen, indem die Mitglieder zu zerstreut wohnen und deshalb nicht pünktlich erscheinen können, vorzüglich zur Winterzeit, zu groß sind.

Die Königsberger Parteimitglieder beantragen:

1. Die „Organisation der sozialdemokratischen Arbeiterpartei“ wird nach den jedesmaligen Congressbeschlüssen neu redigiert und den Parteigenossen zum Kostenpreise zugänglich gemacht.
Diese „Parteiordnung“ soll die Presse, Agitation, Geschäftsordnung und Buchführung klar regeln.
2. Jeder Vertrauensmann muß sich in den Besitz der Statuten derjenigen internationalen und befreundeten Gewerkschaften setzen, welche Aussicht haben, in seinem Rahm Mitglieder zu finden. Den Betrag hierfür zahlt die betr. Mitgliedschaft.
3. Der Congress möge bestimmen, daß in Königsberg eine umfassendere Agitation eingeleitet werde.
Parteigenosse H. Posnanski empfiehlt dem Congress die so schwer gemäßigten Parteigenossen Pio und Genossen in Copenhagen auf's Wärmste, und stellt den Antrag, Alles, was in unsere Kräfte steht, für Verbesserung der Lage Obengenannter resp. deren Familien zu thun.

Antrag von Bracke in Braunschweig, unterstützt von den dortigen Parteimitgliedern:

Der Congress wolle eine Commission niederlegen, welche das jetzige, der weiterentwickelten Parteianschauung nicht mehr entsprechende Parteiprogramm einer Revision zu unterziehen und dem nächsten Congress entsprechende Vorschläge zu machen hat.

Auch ich erlaube mir, folgende Änderungen hiermit gleich anzugeben, wobei die Verstellung des Punktes II 5 lediglich der besseren Anordnung geschuldet ist:

- a. Punkt II 5 des Programms als einen besonderen Abschnitt unter IV anzuführen.
 - d. Den Eingang bei III wie folgt zu fassen:
„Bei der Agitation für diese Grundzüge ist zunächst auf folgende einzelne Punkte Gewicht zu legen:
 - e. An Stelle von III 10 zu setzen:
- 10) Die Nothwendigkeit einer umfassenden gewerkschaftlichen Organisation zur Wahrung der Arbeiterinteressen innerhalb der heutigen Produktionsweise.
 - 11) Aufklärung über die Bewegungsgesetze der modernen Gesellschaft und deren Ziel: Beseitigung des Privatbesitzes an Allem, was jetzt Kapital heißt und hierdurch Beseitigung der Lohnarbeit.
 - 12) Die internationale Zusammengehörigkeit des Proletariats.“

Da es sich nun hier um eine Aenderung des Programms handelt, theilen wir noch nachstehend die Erwägungsgründe zu diesem Antrag mit:

- 1) Da der in die nächsten Forderungen des Eisenacher Programms aufgenommene 10. Punkt dahin mißdeutet werden kann, als verlange die Partei von dem heutigen Staate — wenn auch unter demokratischen Garantien — die Unterstützung sozialistischer Produktivassoziationen; dieser Umstand selbst dazu beitragen kann, die heutigen Regierungen, gestützt auf die in der Arbeiterschaft vorhandene Ueberzeugung, zu veranlassen, ihrerseits in feindseliger Absicht und nur zum Schein die Initiative in dieser Richtung zu ergreifen, die proletarische Klassenbewegung hierdurch aber einen Rückschlag erleiden müßte;
- 2) der unter II. 4 des Programms ausgesprochene Grundsatz geradezu verbietet, die Lösung der sozialen Frage im heutigen (Klassen-) Staate zu versuchen;
- 3) der Ausdruck „Forderungen“ unter III. im Allgemeinen aber auch deshalb als unangemessen erscheint, weil darin liegt, als werde von Demjenigen, an welche diese Forderungen zu richten, deren Bewilligung erwartet; während jedes derartige Vertrauen in die heutigen gesetzgebenden Gewalten verkehrt wäre, die Berücksichtigung der Arbeiterinteressen und die Herstellung des demokratischen Staates vielmehr nur der rastlosen Agitation, Propaganda und Organisation der durch ihr Klasseninteresse getriebenen Arbeiter zu verdanken sein wird;
- 4) vor Allem bestimmte naheliegende Forderungen behufs Lösung der sozialen Frage für die in der sozialdemokratischen Arbeiterpartei und den befreundeten Gewerkschaften organisierte Klassenbewegung nicht existieren;
- 5) alle solche Forderungen, Vorschläge, Rezepte, vielmehr die Sectenbewegung charakterisiren, weshalb denn auch der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein den Lassalle'schen Vorschlag wie ein Dogma vertritt;
- 6) dieser im 10. Punkt adoptirte Lassalle'sche Vorschlag nur die Bedeutung hat eines Experimentes, das vielleicht dahin führen kann, einen Theil des Arbeiterstandes zu befriedigen, welcher sich dann aber der revolutionären Weiterentwicklung reactionär gegenüberstellen würde; eines Experimentes, das jedenfalls nur zur Folge haben würde, das vorhandene Kapital in beschränktem Umfang in die Hände von Arbeiterassoziationen hinüberzuleiten, keinesfalls aber den Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit (und damit die Lohnarbeit) aufzuheben vermag;
- 8) die Klassenbewegung die Pflicht hat, nicht allein nach jeder Richtung die Arbeiterinteressen zu vertreten, sondern auch das gesammte Proletariat als Klasse zu organisiren und dasselbe über die Bewegungsgesetze der modernen Gesellschaft und deren Ziel — Beseitigung des Privatbesitzes an Allem, was jetzt Kapital heißt und hierdurch Beseitigung der Lohnarbeit — aufzuklären, damit die Bewegung mit Bewußtsein auf ihr Ziel marschire.

Gewerkschaftsgenossenschaftliches.

Internationale Gewerkschaft der Schuhmacher.

Nürnberg, 10. August. Die Schuhmachereinunion in Mainz wird aufgefordert, die Berichtigung über die Streikabrechnung und gegenüber im „Vollstaat“ zu veröffentlichen.

Ritschel, Bevollmächtigter.

Gewerkschaft der Holzarbeiter.

Hannover. Der hiesige Tischlerstreik dauert hartnäckig fort. Der Zugang ist fernzuhalten.

Die Streik-Kommission.

Zur Arbeitseinstellung der Tischler in Hannover enthält der neueste „Neue“ nachstehende Rundgebungen, die die Tischler in Hannover beachten mögen.

„Berlin, 13. August. (Zum Tischlerstreik in Hannover) theile ich den Mitgliedern des Allgemeinen Tischler- (Schreiner-) Vereins mit, daß unsere Mitgliedschaft an dem Streik der dortigen Tischler nicht theilnimmt. Dieselbe nahm von dem Streik Abstand, weil einmal in Bremen noch ein solcher fort dauert, der erst durchgeführt werden muß, und weil noch keine genügende Organisation und keine entsprechenden Forderungen in Hannover vorhanden sind. Die „Holzarbeiterschaft“ (Eisenacher Partei) ging trotzdem in den von ihren Mitgliedern besetzten Werkstätten mit einem Streik vor. Obwohl dies nun recht splanlos ist, so will unser Verein die Streikenden doch nicht schädigen (!) und warnt daher vor Zugang nach Hannover auf's Entschiedenste; etwaige Unterstüßungen können durch den hannoverschen Bevollmächtigten des Allgemeinen deutschen Arbeiter-Vereins, Herrn Rudolph, den Streikenden zugeführt werden. Ruschan, Sekretär des Allgemeinen Tischler- (Schreiner-) Vereins.“

Wir haben hierauf zu bemerken, daß allen Anschein nach die Mitglieder des Allgemeinen Tischler- (Schreiner-) Vereins nur deshalb weiter zu arbeiten Dordre erhalten haben, weil es da nichts im Trüben zu fischen giebt. „Die Trauben sind sauer“, sagte der Jude, als er dieselben nicht langen konnte.

Was heißt das: „keine genügende Organisation?“ „keine entsprechenden Forderungen gestellt?“ Das sind leere nichts sagende Phrasen; Die Tischler in Hannover haben einen mehrere Hundert Mitglieder zählenden Verein, sie haben dieselben „entsprechenden Forderungen gestellt“, als die Tischler in Berlin und Bremen. Der Sekretär des Allgemeinen Tischler- (Schreiner-) Vereins scheint recht unverantwortlich schlecht unterrichtet zu sein, wenn er das nicht weiß, und noch schlechter berathen ist er, wenn er schreibt: „Trotzdem“, also trotzdem, „die Mitglieder des Tischler- (Schreiner-) Vereins angewiesen sind, weiter zu arbeiten — will unser Verein die Streikenden doch nicht schädigen“. Ist das Ironie, Hohn oder sonst etwas. Wenn 30 oder 40 Mann angehalten sind weiter zu arbeiten, dann schädigt man also die Interessen der Streikenden nicht? Es wäre zum todlachen, wenn es nicht gar zu dumm wäre, so etwas den Leuten glauben machen zu wollen.

Was aber der Sekretär Ruschan sonst noch über unsere Gewerkschaft der Holzarbeiter schreibt, setzt den Blödsinn die Krone auf. Wir sind an dem Streik in Hannover so gut wie gar nicht theilnimmt, und eben so wenig hat unsere Mitgliedschaft dort einen entscheidenden Einfluß ausüben können, aber trotzdem wir die Nachricht von dem Streik fast gleichzeitig auch von den ersten unterzubringenden Arbeitern, die des Streikes halber abgereist waren, erhielten, haben wir unsere Mitglieder doch dahin instruiert, mit den übrigen Arbeitern zu stehen, und denselben die erforderliche Unterstützung zur Disposition gestellt. Damit sie nicht nöthig hatten, durch Weiterarbeiten das Interesse der Streikenden zu schädigen.

Wir sind nämlich anderer Meinung als der Sekretär des Allgemeinen Tischler- (Schreiner-) Vereins, dessen Mitglieder nach obiger Erklärung weiter arbeiten.

Die Tischler in Hannover werden übrigens nunmehr wissen, wenn sie es zu verdanken haben, wenn sie im Kampfe unterliegen, sie mögen sich bei dem allgemeinen Tischler- (Schreiner-) Verein bedanken, dessen Mitglieder weiter arbeiten, und sie werden wohl thun, sich dies hinter's Ohr zu schreiben, denn nach obiger Erklärung seines Sekretärs trägt der allgemeine Tischler- (Schreiner-) Verein an einem etwaigen Mithing des hannoverschen Streikes die Schuld. Können die Tischler Hannovers, die Tischler Deutschlands nun noch länger im Zweifel darüber sein, welcher Organisation sie sich anschließen müssen, um ihre Interessen überall in jeder Weise gewahrt zu sehen? Nein! Die Gewerkschaft der Holzarbeiter ist es, der Ihr beitreten müßt, wenn Eure Interessen geschützt, Eure Rechte gewahrt werden sollen, wie dies nothwendig ist.

Hamburg, den 15. August 1873.

Der Ausschuss der Gewerkschaft der Holzarbeiter:

Th. Nord.

Altona, 15. August. An die Hauptkasse sind ferner eingegangen: Köln 14 Thlr. 25 Gr. 6 Pf., Gabeln 9 Thlr. — Gr. 5 Pf., Kaiserstr. 5 Thlr. 18 Gr. 6 Pf., Düsseldorf 3 Thlr. — Gr. — Pf., Leipzig 43 Thlr. 10 Gr. — Pf., Schwab. Hall 5 Thlr. — Gr. — Pf., Braunschweig 4 Thlr. 9 Gr. 6 Pf. Da sich das eben ausgegebene Circular bereits im Druck befand, als die letzten Abrechnungen eingegangen waren, wird im nächsten Circular, das Ausgangs v. N. erscheint, die Abrechnung bekannt gemacht werden.

Berichtigung über Erfurt: statt 12 Gr. 4 Pf. soll es heißen: 16. Gr. 8 Pf.

H. Somann, Kassier, Adolphstr. 32.

Correspondenzen.

Leipzig. Wir haben zur Remminger-Erklärung des Nürnberger Redaktionscomitès in der Nummer d. Bl. vom 15. August leider zu bemerken vergessen, daß Herr Heyner, da er seit dem 6. August sich in hiesigen Bezirksgefängniß zum Absitzen der Chemnitzer 4 Wochen befindet, auf jene Erklärung nicht antworten kann. Wir haben ferner übersehen, auf einen Angriff des Nürnberger Redaktionscomitès die nöthige Erwiderung folgen zu lassen. Es hieß u. A. in jener „Erklärung“:

„Uebrigens braucht Herr Heyner über die Selbstverherrlichung Remmingers den Mund nicht zu voll zu nehmen; denn Niemand schreibt mehr über sich und seine Prozesse als Herr Heyner, und zwar über Prozesse, die größtentheils durch persönliche Angriffe provocirt wurden.“

Die Herren übersehen den gewaltigen Unterschied, der zwischen einer „Selbstverherrlichung“ und einem Referat über seinen Prozeß, den Jemand schreibt, liegt. Die Prozesse eines „Vollstaat“-redakteurs sind keine Privatangelegenheiten, sondern Prozesse der Redaktion und in zweiter Linie Prozesse der Partei. Es ist also ganz selbstverständlich, daß wir über dieselben, sobald sie ein Interesse für die Partei bieten, eingehend berichten. Und wenn — wie es der Fall ist — einer unserer Redakteure viel Prozesse hat, so muß er natürlich oft „über sich und seine Prozesse“ schreiben;

er ist dazu verpflichtet. Heyner hat über 30 Untersuchungen und Prozesse — außerdem schweben noch 3 — hinter sich; es ist also ganz natürlich, daß Niemand mehr über sich und seine Prozesse schreibt als Herr Heyner; aber das ist keine „Selbstverherrlichung“. Und wenn der Gedachte 4 Mal ausgewiesen wurde, — sollte er etwa diese 4 Patente ruhig in die Tasche stecken und nichts darüber im Blatt veröffentlichen? Hat die Ausweisung eines „Vollstaat“-redakteurs für die Partei nicht mindestens ebenso viel politische Bedeutung wie die Abhaltung einer Volksversammlung und das Referat darüber im Blatt? — Wir sehen also gar nicht ein, wie jene Herren dazu kommen, Mittheilungen, die Jemand der Partei zu machen verpflichtet ist, in eine Linie zu stellen mit der „Selbstverherrlichung“ Remmingers. —

Leipzig, 17. Aug. Nach längerer Pause hatten wir am Donnerstag, den 14. ds. wieder einmal eine und zwar stark besuchte Volksversammlung im Gosenhale. Parteigenosse Walster aus Dresden hatte das Referat übernommen, und zwar sprach er über das Thema: „Der Reichstag und der neue Preßgesetzentwurf“. In der ihm eigenen verständlichen Weise bewies Redner der Versammlung an einer Reihe von Beispielen, daß der Reichstag bis zur Stunde für des Volkes Wohl nicht nur nichts gethan, sondern im Gegentheil unbedenklich diesem entgegen Beschlässe gefaßt habe, sobald der Reichstanzler Bismarck es mit der Drohung verlangte, daß er zurücktreten würde, falls man seinem Willen nicht Folge leiste. Redner bewies ferner, daß von diesem Reichstag überhaupt nichts Ersprießliches zu erwarten sei; man könne von Junkern, Bourgeois und Pfaffen nicht verlangen, daß sie anders als in ihrem Interesse wirtschafteten. Wollte das Volk, das arbeitende Volk, im Reichstage seine Interessen vertreten wissen, dann müßte es Männern aus seiner Mitte seine Stimme geben; die Reichstagswahlen nahen wiederum heran und er erwarte, daß die Arbeiter Leipzigs dieses Mal mit ihrem Kandidaten durchdringen werden. Selbstverständlich fand das Referat den ungetheiltesten Beifall der Versammelten. Aber ebenso selbstverständlich fruchtlos war die Aufforderung des Vorsitzenden Hink zur Gegenrede. Gegner waren wohl da, aber selbstbewußten Arbeitern wagen sie nicht gegenüber zu treten, nur dort, wo Nacht den Bestand der Arbeiter umfassen hält, da schleichen sie heran, diese Heuchler, und verneinen durch das Blendwerk der Phrase diese Nacht zu erhellen. Also nicht Gegner, wohl aber verschiedene Parteigenossen, u. A. Rauert, meldeten sich zum Wort. Rauert wollte, und zwar mit Recht, von der ganzen Wirthschaft nichts wissen. Das direkte und allgemeine Wahlrecht ohne volle Freiheit der Presse, ohne Vereins- und Versammlungsfreiheit sei ein Scheinrecht und die Diätenlosigkeit des Reichstags bezwecke den Ausschluß der arbeitenden Klasse. Und nun gar der Bundesrath! Rüge der Reichstag beschließen, was er wolle, tastet irgend ein Beschluß auch nur im Prinzip die „Gottesgnadendichte“ der Fürsten an, der Beschluß wird ohne Weiteres umgestoßen. Ihm, Rauert, sei es nicht sowohl um eine möglichst große Anzahl von Vertretern in dieser Scheinvolksvertretung als um die Verbreitung der socialistischen Grundzüge bei der Wahl-agitation zu thun. Wenige tüchtige Kräfte, die mit vernünftlicher Stimme über den Reichstag hinweg zum Volke sprächen, genügt.

Nach Rauert sprachen noch verschiedene Andere und wurde schließlich folgende speziell an die Wähler Leipzigs adressirte Resolution angenommen.

Die heutige Volksversammlung erkennt es als Pflicht jedes Arbeiters, Kleinbürgers wie niederen Staatsdieners, zur Wahrung ihrer Interessen bei künftiger Reichstagswahl nur für einen Mann aus dem Volke, für einen Kandidaten der Sozialdemokraten, für Aug. Bebel ihre Stimme abzugeben.

Zum Schluß wurde noch des in voriger Nummer schon erwähnten Rüderschen Verbots gedacht und kam die Meinung der Versammlung über diesen Gewaltakt in folgendem Protest zum Ausdruck:

„Die heutige Volksversammlung erblickt in dem Verbot der Leipziger Polizeidirektion bei 4 wöchentlicher Haft den Congress der sozialdem. Arbeiterpartei in Eisenach zu besuchen, eine Einmischung in auswärtige Angelegenheiten, zu welcher die Leipziger Polizei nicht befugt ist und protestirt gegen eine solche vollständig unmotivirte Verge- waltigung des Vereins- und Versammlungsbrechtes.“

Reichenbach i. B., 11. August. Fabrikantenpiegel. Seit längerer Zeit war unter dieser Aufschrift in diesem Blatte wenig zu finden, ein sicherer Beweis wohl dafür, daß gegenüber der früheren oft rohen Behandlung der Arbeiter, von Seiten betretender Arbeitgeber in neuerer Zeit ein mehr humaner Ton zur Geltung kommt. Auch hierorts ist dies der Fall, und klammern sich viele Fabrikanten nicht mehr um das politische-soziale Glaubensbekenntniß ihrer Arbeiter, wenn selbige nur ihrer Arbeitspflicht Genüge leisten. Dies kann man vernünftiger handeln nennen. Doch sind auch Etablissementsinhaber vorhanden, die von ihrem hohen und allerhöchsten Geldbeutel-Standpunkt herab die Ver-nunft übersehen und despotisch auch über die Gedanken ihrer Arbeiter kommandiren möchten. Solche sind, wie die Erfahrung ge- zeigt, nur mit sozialistischer Anzeichnung, wegen Mangel an Dingen, durch Kennung der betreffenden Namen im Organ zu befriedigen. Deshalb sei hiermit der Färber und Appretur Heinrich Hempel, welcher einige Hundert Arbeiter beschäftigt, genannt. Dessen Ber- folgungswuth gegen Sozialdemokraten war mir wohl bekannt, hinderte mich aber nicht, bei ihm in Arbeit zu treten, da ich der Partei leider nicht angehörte, obwohl ich mit ihr sympathisirte. Kam waren jedoch 4 Wochen, ohne geringsten Tadel vom Arbeit- geber und Werkführer, verfloßen, als mich eines Tages Ersterer andonnerte: „Was machen sie hier?“ Ich: „Meine Arbeit! Reile einlegen“ (Eine Berichtigung bei der Baaren-Appretur). Er: „Da die Sozialdemokraten, daß wir'n mir meine Leute, die Volkredner und Aufwiegler, Faulenzer sind es.“ Ich: „Habe ich meine Arbeit nicht gemacht? Fragen sie den Werkführer.“ Er: „Ach was, Werk- führer. Wenn ich es nur allemal wüßte; ich mag keine Sozialen. Sie werden auch nicht mehr lange da sein.“ Ich: „Ganz wie sie wollen.“ Tags darauf war Pohnntag; ich erhielt prächtvolle Gulden für 20 Sgr. und den Rüdnigungsschein, 14 Tage später den Ent- lassungsschein des Inhalts: „Inhaber ist seinen Verpflichtungen nachgekommen. H. Hempel.“ Also Alles in Ordnung und doch Magerregelung aus dem einfachen, harterliegenden Grunde, weil mein Bruder, Rob. Müller, hier öffentlich agitatorisch wirkt, da ich in Parteifachen noch nichts gethan, meiner Arbeit vollständig ob- gelegen und politische Gespräche mit Arbeitern innerhalb der Fabrik grundsätzlich wegen vorhandener Schmeichler, vermieden habe. Was hat nun dieser Arbeitgeber damit erreicht? Nichts weiter, als daß ich und noch Einige der Partei beigetreten. Eine Frage ist es noch, die ich nicht unterlassen kann: Wäre es für solche Sozia- listen-Berliger nicht vortheilhaft, wenn sie ihre materiell gutge- nährten Denkervoll-Schädel in dieser Maschinenzeit zur Construction einer Sozialisten-Fressmaschine etwas anstrengen würden? Ohne

Zweifel sind damit andere Resultate zu erzielen, als durch das Vorgehen eines einfachen, schwachen und rohen Menschen.

Magdeburg. Die Wahlen zum deutschen Reichstag rücken heran und so hielten wir innerhalb 14 Tagen folgende öffentliche Versammlungen ab. Am 29. Juli Volksversammlung in der Central-Halle, wo Auer-Verlin über Entfessung und Befreiung der Cholera in einstündigem Vortrage dieses Thema unter vielseitigem Beifall glänzend beleuchtete. An der sich hieran knüpfenden lebhaften Debatte beteiligten sich Kleß, Fischer und Habermann. Außerdem fanden Dienstag, den 12., und Mittwoch den 13. August, öffentliche Arbeiterversammlungen hier und in Budau statt. In beiden sprach Fischer über „Fettersimus und Socialismus“, oder „Wem gehört die Zukunft“ unter allgemeiner Zustimmung der Versammlungen. An den sich hieraus entwickelten Debatten beteiligten sich unter vielem Beifall Bremer, Kleß, Köhler und Habermann. In allen 3 Versammlungen wurden neue Mitglieder gewonnen und zum Abonnement auf das Partei-Organ aufgefordert.

Der Geist der Arbeiter von Magdeburg und Budau ist unter hier herrschender Bureaucratie u. s. w. gegen andere ähnliche große und größere Städte ein vollständig knechtisch-gebengter zu nennen, besonders haben die Fabrikanten-Coalitions-Scheine nebst Stempel (Brandmal) ihre Wirkung gethan; es wird Zeit, daß die Arbeiter von dem „Oegner“ Organisation studiren. Da der Privatkapitalist vor aller Bildung nicht begreift, daß nur der freie und gebildete Arbeiter dauernd Werth für die Produktion hat, so ergreift endlich die Initiative zum gerechten Kampfe, damit ein Polizeicommissar nicht mehr sagen darf, der Pöbel sollte lieber nach Haus gehen und ausschlafen.

Frankfurt a. M., 14. August. Aufruf an alle Tapezier-Gehülfen! Collegen allerorts! Es hat sich dahier ein Verein zum Zweck der Gründung einer internationalen Gewerkschaft gebildet und fordern wir hierdurch die Collegen allerorts auf, bezugnehmend zu thun, oder wo schon ein Verein besteht, mit uns in Correspondenz zu treten.

Collegen! Es ist Zeit, daß wir uns organisiren, denn grade unser Gewerbe ist durch die eigne Flauheit der Gehülfen weit hinter den jetzigen Zeitverhältnissen zurückgeblieben. Tragen wir deshalb Sorge, einig zu werden, um baldmöglichst unsere gesammten Interessen auf einem Congreß beraten zu können.

Alle arbeiterfreundlichen Blätter werden höflichst ersucht, obigen Aufruf zu veröffentlichen.

Der Schriftführer: E. Riese, 3. Hignauer, Schüppengasse Nr. 10.

Mannheim. 12. Aug. Erst jetzt ist es uns möglich geworden, über die zur Unterscheidung des hiesigen Schuhmacherstrides eingegangenen Gelder abzurechnen. Der häufige Wechsel der Ausschussmitglieder kann als ein einziger Grund der Verzögerung angesehen werden. Als der Stride begann, war, wie Alles, so auch die Kasse in sehr schlechter Beschaffenheit, sie enthielt nicht mehr und nicht weniger als 6 fl. 42 kr., was den hiesigen Meistern mehr Freude als uns Bange machte. Jedoch, die Unterscheidung blieb nicht aus. Wir erhielten aus Mainz durch Kils 14 fl. 53 kr., aus Nürnberg durch Kieber 10 fl., aus Stuttgart durch Meister 7 fl., aus Bonn durch Jordan 7 fl., Ertrag einer Collecte in einer hiesigen Unionsversammlung 5 fl. 49 kr., von einer Volksversammlung, in welcher durch Wortbruch die „Allgemeinen“ den Vorsitz führten, 7 fl. 50 kr., von einer zweiten Unionsversammlung 3 fl. 45 kr., von den fortarbeitenden Collegen sowie aus der Hartmann'schen Fabrik 45 fl. 30 kr., von den andern hiesigen Gewerkschaften 17 fl. 30 kr., von dem hiesigen Buchdruckerverein 10 fl. Gesamt-Einnahme 135 fl. 56 kr., Ausgaben an Reiseunterstützung 33 fl., Totalunterstützung 92 fl. 31 kr., Druckkosten 12 fl. 45 kr., für Briefporto und Papier 2 fl. 25 kr. Gesamt-ausgabe 140 fl. 41 kr. Bleibt uns ein Schuldenrest von 4 fl. 37 kr. Indem wir allen auswärtigen und hiesigen Kampfgenossen den herzlichsten Dank aussprechen für ihre Unterstützung, versprechen wir alle um ein menschenwürdiges Dasein kämpfenden Arbeiter in gleicher Weise nach Kräften zu unterstützen. Denn Feigheit und Verrath narbt sich an der Stirne Derer, welche nicht männlich ein-treten in den Kampf des Proletariats.

Mit Brudergruß für die hiesige Schuhmachergewerkschaft Ganshorn, 1. Dorf. Ph. Wegel, Kassier.

E. Maurer, F. Hammer, J. Gerhardt, Controleure. Aug. 15. August. Der hiesige Holzarbeiter-Verein macht den Collegen bekannt, daß er die Arbeitsvermittlung in die Hand genommen hat, und mögen sich alle betreffende Arbeiter an denselben wenden. Es werden dadurch alle andern Vermittlungen eines hierorts befindlichen Individuums, welches nur zum Nachtheil der Arbeiter vermittelt, unschädlich gemacht. Das Vereinslokal befindet sich Landstraße, Gasthaus zu den 3 Kronen.

M. Eitlinger, Schriftführer. Wien. Ueber den Eindruck, den Wien in seiner Ausstellungsperiode auf mich gemacht, einige Worte. Schwindel auf der Börse, Schwindelwoesen in industriellen Etablissements, Schwindel auf der Ausstellung, zentnerschwere Beweise, daß die Inhaber der besten Etablissements am wenigsten die Gründer reeller Arbeit sind, Schwindel die Jury, Schwindel der Ingenieur-Verein, Schwindel die Volkswirtschaftler, die hier so wichtig thun — aus Schwindel, und sich stets am besten sagen können, daß ohne Schwindel nichts gar nichts zu machen ist.

Die volkswirtschaftlichen Redner tanzten auf der Wohnungsfrage herum, als ging sich's auf Gänsefüße, die Klagen darunter aber, die wissen vom Schwindel zu „machen“, reisen wichtige Miene zu nichtigem Geschwätz und schweigen, wissend, daß die Wohnungsnoth ein Stild der Noth ist, die sein muß, und allein den Arbeiter gefügig macht. Die Ingenieure dislocirten hier über das Privileg des Erfinders in seiner Nützlichkeit für Ingenieure und nichtingenieur Ingenieure. Weder haben noch drüben in diesen beiden Versammlungen ein Mann, der die Rechtsfrage an etwas Besseres als an seinem hilflosen „Ich“ angelegt, der sich zu der hohen Aufgabe der Civilisation, allen dieselbe theilhaftig zu machen, hätte emporzuschwingen können. Und hätte es einer gethan, er wäre entweder zur Thüre hinausgeworfen, oder durch Aus-lachen mundtot gemacht worden. So beweist die Intelligenz ja be-kauntlich die Nichtigkeit ihrer Ansichten. Wahrlich, muß es einem da nicht wohlthuend sein, einer Arbeiterversammlung beizuwohnen, wo, wenn auch manchemal lede Behauptungen vorgebracht werden, doch nie die Lüge und die Heuchelei, die Selbstsucht und das Großthuerthum eine heimische Stätte findet? — Fort vom Schwindel zur Nüchternheit, von der Wiener Ausstellung nach Eisenach zum sozial-demokratischen Congreß.

Briefkasten der Expedition: Frz. Dehler, Mühlendernsdorf: Ihre Annonce kostet 6 Gr. Aug. Glimmer, Grünhain: Ann. d. Vereins kostet 12 Gr. M. Cro. Dubica, Kroatien: 3. Qu. 1 Zhr. 21. Schuhmachergewerk-

schaft Gotha: Ann. 5 Gr. Th. Jgbs, Witten: Schrift 3 Zhr. 9. Maurer- u. Zimmerergewerksh. Braunschweig: Ann. 3 Zhr. 3. Mdr, Leipzig: Schrift 5 Zhr. Innr, Mainz: Schrift 25 Gr. M., Halle: Schrift 20 Gr. M., Mainz: Schrift 4 Gr. Dohme, Dresden: Ann. 1 Zhr. 25. Jnsch, Heidelberg: 3. Qu. 1 Zhr. 10 Gr. Ogr, hier: Schrift 8 Gr. Arbeiterpartei Elberfeld: Ann. 24 Gr. Ogr, hier: Schrift 6 Gr. Wldh, Stade: Ann. 1 Zhr. Trimmn, Berlin: Ann. 2 Zhr. 15 Gr., Schrift 6 Zhr. 12. Agitationscom., Leipzig: Ann. 20 Gr. Surr, Glauchau: Ann. 3 Gr. Fr, Witten: Ann. 8 Gr. Emmrhd, Gotha: 3. Qu. 8 Zhr., Schrift 1 Zhr. F. Bd, Hannover: Abonn. 10 Zhr. F. Dpf, Cuedlinburg: Ann. 1 Zhr. 22. W. Wdr, Düsseldorf: Ann. 25 Gr.

Fond für pol. Gemahregelte. B. J. F., Leipzig, 2 Zhr.

Genossenschaftsbuchdruckerei. Antheilsscheine bez. Antheilquittungen erhielten ferner: in Leipzig: R. Wld 2 Zhr., Fr. A. Mdr. 1 Zhr., A. Dde 50 Zhr.; in Landau: E. Wld 2, C. Wld 2; in Weimar A. Gr 5 Zhr.; in Dresden: D. Wdr 2 Zhr., C. Dg 1, C. Rhr 4 Zhr.; in Meccan: F. Rm 5 Zhr. Hblh.

Anzeigen etc.

Altona Gewerkschaft der Holzarbeiter. Versammlung, Sonnabend, den 23. August, Abends 9 Uhr, Große Bergstr. 139, im Schuhmacher-Amtshaus. Vortrag von Herrn Somann. Gäste haben Zutritt. Der Vorst.

Berlin Man abonniert vom 1. Juli ab auf den „Volksstaat“ monatlich 7/1, Sgr. frei ins Haus, bei den Herren Traumann, Engelstr. 6b, 4 Zr.; Frieß, Schwedterstr. 28, Hof part.; Rehner, Linienstr. 79; Heinsch, Lindenstr. 11, Hof 4 Zr. bei Gwest; A. Dauer, Kopenstr. 38; Schwoibe, Stettinerstr. 43, Hof part. [M]

Grünhain Stiftungsfest des sozialdemokratischen Arbeitervereins, wozu Freunde und Genossen von nah und fern um zahlreiche Theilnahme gebeten werden. G. S. Lauterbach, Vorst. Sonntag, den 24. d. Mts.:

Leipzig Sozial-demokratischer Arbeiterverein. Freitag, den 22. August, Abends 8 Uhr, bei Feidler, gr. Windmühlstr. 7. Tagesordnung: Sozial-politischer Wochenbericht. Ref.: Kaufher. — Fragelosen. Gäste willkommen. Der Vorstand.

London. Deutsche Sektion der Internationalen Arbeiterassoziation. Unser Lokal befindet sich: 51 Blue Post Newman Street Oxford Street W. C. — Es finden abwechselnd Vorträge über soziale und politische Fragen statt. — Im Namen des Vereins: der Sectretär. — Meine Adresse ist: F. Lehner, 2 Fitzroy Str. Fitzroy Sq.

New-York. Sektion 1. der Internationalen Arbeiterassoziation. (Allgemeiner deutscher Arbeiterverein) zu New-York versammelt sich jeden Sonntag Abend 8 Uhr im 10. Ward Hotel corner (Ecke) of Broome & Forsyth Str.

Paris. Cafe-Brasserie-Duiffe Ch. Wulf, 35 rue de l'Arbre Sec 35 nahe am Louvre. Dejeuners et Diners à tout prix. Kalte und warme Speisen zu jeder Tageszeit. „Volksstaat“, „Berner Bund“ und französische Zeitungen liegen auf. Hier Zureisenden wird bereitwillig Jodo erwünschte Auskunft ertheilt. [mk2]

Bei meiner Auswanderung nach den Nordamerikanischen Freistaaten, Staat Michigan, sage ich allen meinen Parteigenossen noch ein herzliches Lebenswohl. Hamburg, 8. August 1873. August Schläger.

2 Feilenhauergehilfen können sogleich in Arbeit treten bei E. Eisner, Feilenhauer, Homburg a. d. Rofel (Lothringen). [3c]

Anfrage an Herrn Memminger. Bestreiten Sie, daß sich in der Bankier Ehrenberger'schen Concursmasse ein von Ihnen auf Ehrenberger gezeigter, von diesem acceptirter, aber infolge Bankrotts nicht gezahlter Wechsel über 300 oder 3000 fl. — an welcher Trade Sie bei der Verflüchtigung wahrscheinlich eiltliche Procent Verlust gehabt haben — befindet? — U. A. w. g. — Aber kurz und bündig wie meine Anfrage! A. Deyner.

Redel zu Biertrinken wie Pfeifenköpfe mit Photographien sind, das Stild zu 10 Gr., gegen baar oder Postvorschuß zu beziehen durch W. Finl, Hofstraße Nr. 4, Leipzig. (Wiederverkäufer erhalten Rabatt.)

In meinem Verlage erscheint und ist durch alle Buchhandlungen zu beziehen: Der Lassalle'sche Vorschlag.

Ein Wort an den 4. Congreß der sozial-demokratischen Arbeiter-Partei. (Einberufen auf den 23. August 1873 nach Eisenach.) Von W. Bracke jr.

Der Verfasser zeigt, daß alle positiven Heilmittel, mit denen die Lösung der sozialen Frage versucht werden kann, ihren Zweck nicht zu erreichen vermögen, vielmehr die Knibtheit der proletarischen Bewegung, die Sektendebewegung charakterisiren. So auch der Lassalle'sche Vorschlag, welcher eingehend erörtert und kritisch wird. Es wird gezeigt, daß ebensowenig die politischen Voraussetzungen zutreffen, unter welchen eine Verwirklichung desselben denkbar wäre, als ökonomisch von einer Ausfühbarkeit die Rede sein kann.

Gestützt auf die Bewegungsgesetze der modernen Produktion wird dagegen die Aufgabe der proletarischen Klassenbewegung dahin festgestellt: das Proletariat als Klasse zu organisiren, damit dasselbe dann, jene Bewegungsgesetze im Auge, mit Bewußtsein auf das Ziel derselben marschire.

Die Schrift dürfte einer Beachtung aller Derer, welche sich irgendwie für die Arbeiterbewegung interessieren, gewiß sein. Preis 10 Sgr. (Hr. Arbeitervereine direct bezogen gegen baar 5 Sgr., 20 Stild 2 Zhr.) Braunschweig, den 14. August, 1873. W. Bracke jr.

Bis Mitte September erscheint im Verlage der Buchhandlung des „Volksstaat“:

Der Volksstaat-Kalender für 1874.

Inhalt: Kalendarium. Biographischer Kalender. Die Schlacht am Birkenbaum. Eine Parabel von St. Simon. Roth. Französische Arbeiter. Robert Owen, ein Charakterbild. Der Pauker von Rillaushausen; historische Erzählung von Robert Schweichel. u. s. w. u. s. w.

Um die Auflage bemessen zu können, wird gebeten, die Verstellungen hierauf rechtzeitig zu machen.

Von der Expedition des „Volksstaat“ ist zu beziehen:

Alcott, Die junge Mutter oder die Behandlung der Kinder und ihre Erziehung. 20. — Die physische Lebenskunst, praktische Anweisungen zur Verhütung von Krankheiten. 1. 10. — Rebel, A., Unsere Ziele. 3. Auflage. 2. 5. — Rede in der „Tonhalle“ zu Leipzig den 14. Juni 1871 über die Leipziger Commune. 5. — Becker, H., Der alte und neue Jesuitismus. 6. — Briefe deutscher Völkpatrioten. In 5 Bde. 7. 5. — Reaction in Deutschland gegen die Revolution v. 1848. 1. — Mißbrauch der Nationalitätenlehre. 12. 5.

Der Braunschweiger Ausschuß der sozial-demokratischen Arbeiterpartei in Löhgen und vor Gericht 1871. 12. 5.

Der Bürgerkrieg in Frankreich. Adresse des Generalraths der Internationalen Arbeiterassoziation. 2. 5.

Der Zeitgeist. Die dritte Niederlage des französischen Proletariats. 2. 5. Die Religion der Sozial-Demokratie, 1. 2. 3. 1. 5. — National-Ökonomisches. 5. — Die bürgerliche Gesellschaft. 1. — Das Wesen der menschlichen Kopfarbeit. 15. — Engels, F., Der deutsche Bauernkrieg. 6. — Zur Wohnungsfrage.

1. Dst: Die Proudhon die Wohnungsfrage löst. 1. 5. 2. „ Wie die Bourgeoisie die Wohnungsfrage löst. 1. 5. 3. „ Nachtrag über Proudhon u. die Wohnungsfrage. 1. 5.

Erinnerung an die letzten Maitage 1871 (Gedicht). Herr Böhmert, Professor der Nationalökonomie in Zürich, und seine Fälschungen der Wissenschaft, begangen in seinem Buche: „Der Socialismus und die Arbeiterfrage“.

Hirsch, C., Normalarbeitszeit. Die angeblichen sozialen Theorien und die wirklichen Bestrebungen des Herrn Bakunin. 2. — Jacoby, L., Es werde Licht (Festspiel). 5. — Kaul, Von der Macht des Gemüthes. 12. — Krasser, Dr. F., Anti-Syllabus (Gedicht). 5. — Ceterum censeo (Gedicht). 6. — Lassalle, F., Arbeiterfrage, Leipziger Rede. 1. — Ueber Verfassungswesen. 2. — An die Arbeiter Berlins. 1. — Offenes Antwortschreiben. 1. — Macht und Recht. 5. — Hochoverratsproceß. 2. 5. — Fichte's politisches Vermächtniß. 2. — Philosophie. 3. — Arbeiterlesebuch. 2. — Arbeiterprogramm. 2. 5. — Die Wissenschaft und die Arbeiter. 3. — Criminalproceß, II. Instanz. 5. — Criminalproceß, III. Instanz. 3. — Bakstiat-Schulze von Delitzsch. 6. — Der italienische Krieg und die Aufgabe Preußens. 8. — Franz von Sickingen. 12. 5. — System der erworbenen Rechte. 5. — Düsseldorf's Affenrede. 2. 5. — Düsseldorf's Proceß. 2. 5. — Die Feste, die Presse etc. 2. — Was nun? 2. 5. — Julian Schmidt. 12. 5. — Erwiderung auf eine Recension der Kreuzzeitung über das Buch „Herr Bakstiat-Schulze“.

Leipziger Hochverratsproceß. In 10—12 Lieferungen à Liebkecht, W., Zu Schutz und Trutz. Festrede, gehalten beim Stiftungsfest des Grimmitzschaner Volksvereins am 22. October 1871. 2. 5. — Was ich im Berliner Reichstag sagte. Enthaltend die Reden von 1867 und 1870. 2. — Die politische Stellung der Sozialdemokratie. 1. 5. — Wissen ist Macht — Macht ist Wissen. Vortrag beim Stiftungsfest des Dresdener und Leipziger Arbeiter-Bildungsvereins im Jahre 1872. 2. 5. — Fimmel, Jesus von Nazareth. Historische Skizze. 3. — Johannes Huf. 3. 5. — Marx, C., Zur Kritik der politischen Ökonomie. 22. 5. — Das Kapital. 2. Aufl. (in 9 Lieferungen à 10 Gr.) 3. — Der XVIII. Brumaire des Louis Bonaparte. 15. — Mosk, Mahnruf an die landwirthschaftliche Bevölkerung. 6. — Lieberbuch. geb. 4 Gr., ungeb. 3. — Paphthum und Conzil. Antwort auf die 21 Canones. 3. — Photographien von Karat, Marx, Lassalle, Feuerbach, Bedel, Liebknecht, Deyner, Engels, Geib, Diehgen, Rosk, Bracke, Walster, Joh. Jacoby, Garibaldi, Delitzsch, Fereé, Kossel, Millière, Blanqui, Bakstiat, Crémieux, Kränzel; in Bistenartenformat. 2. 5. — Gruppenbilder (Tableaux) der sog. Wiener, Braunschweiger, Leipziger und Pester Hochverräter. 2. 5. — in Rabineformat. 6. — in Groß-Felle (Lassalle, Brustbild). 1. — Protokoll des Stuttgarter Congresses. 1. 5. — des Dresdener Congresses. 3. — des Gewerkschaftscongresses in Erfurt sammt Statuten. 1. 5. — Rathgeber für Gewerbetreibende. (Auch in 8 Lieferungen.) 1. 20. — Reich, Dr., Medizinische Abhandlungen. 1. 20. — Rillinghausen, Sozial-demokratische Abhandlungen, 5 Hefte (1.—4. Hefte à 3 Ngr., 5. Hefte 6 Ngr.) 10. — Rödel, Sachsens Erhebung und das Jagthaus zu Waldheim. 10. — Schauer, A., Festrede, gehalten am Gründungsfest der Metallarbeiter-Vereinigung zu Dresden, den 3. September 1872. 1. — Schre, H., Wiener Hochoverratsproceß 1870. 15. — Scholl, Dem Andenken Feuerbachs. 2. — Serno-Solomiewitsch, Unsere russischen Angelegenheiten, übersetzt von S. L. Vorkbeim. 2. — Stamm, Erlösung der darbdenden Menschheit. 15. — Sozialistisches Wahlprogramm. 1. — Statuten der Internationalen Arbeiter-Assoziation. 1. — Wahlrecht, Der Parteilampf zwischen den Sozialisten Deutschlands. 1. 5. — Vogel, Verfälschung der Lebensmittel. 12. — Vorbest, Sozial-politische Monatschrift, 6 Jahrgänge (1896 bis 1871), der Jahrgang. 16. — Walker, Schuß des Arbeiters in den Gewerkschaften. 1. — Am Weibstuh der Zeit. Soz. Roman. In 2 Bdn. à 2. — Wohnungsfrage. Ein soziale Skizze. 2. — Zur Erinnerung für die deutschen Nordpatrioten. 2. 5. — Zimmermann, L. R., Pfaffenpeitsche. 2 Bde., à 18. — Die Filialen, welche für das 3. Quartal noch keine Zahlung geleistet, werden unter Bezug auf § 4 des Reglements aufgefordert, bis 22. d. M. noch ihren Verpflichtungen nachzukommen. Die Restanten für Schriften und Annoncen werden ebenfalls aufgefordert, fort Zahlung zu leisten.

Die Expedition des „Volksstaat“.

Leipzig: Verantw. Redakteur C. Casper. (Redaktion und Expedition Zeitungsstr. 44.) Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei.